

Krefeld, 06. Juni 2023

Liebe Elisabeth Völlings,
liebe Vorstandsmitglieder des Flüchtlingsrat Krefeld e.V.,

vielen Dank für Ihr Schreiben zu den geplanten Asylrechtsveränderungen auf EU-Ebene. Hiermit möchte ich im Namen der SPD Krefeld meine Meinung zu dem Thema äußern.

Die SPD Krefeld steht hinter der Vereinbarung des Koalitionsvertrages, dass wir illegale Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden wollen. Eine humane Migrationspolitik ist tief mit den sozialdemokratischen Werten verbunden. Auch aus diesem Grund haben wir unserer Europaabgeordneten Petra Kammerevert und unserem Bundestagsabgeordneten Jan Dieren Ihre Forderungen weitergeleitet und schließen uns Ihrem Appell an.

Für die Kommunen wird es immer schwieriger Geflüchtete aufzunehmen, da finanzielle Ressourcen knapp werden, um weitere Pflichtaufgaben der Kommunen sicherzustellen. Uns ist bewusst, dass die multiplen Krisen auch die finanzielle Situation im Bund erschweren. Dennoch muss man die Kommunen mit einer so wichtigen Aufgabe finanziell unterstützen. Insbesondere sollten die Städte und Kommunen gezielt und unabhängig von einer europaweiten Einigung unterstützt werden, die ihre Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten erklärt haben. Als SPD Krefeld haben wir uns sehr stark dafür eingesetzt, dass Krefeld zum „sicheren Hafen“ wird – das möchten wir beibehalten!

Wir verschließen die Augen nicht vor den Herausforderungen, vor denen wir stehen und ja, dafür benötigen wir dringend europäische Lösungen.

Mauern, Zäune und Haftlager sind keine!

Für uns geht es nicht um die Abwehr von Geflüchteten, sondern um ihre Integration. Statt Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen benötigen wir mehr rechtsstaatliche Verfahren für Geflüchtete. Wir sind uns bewusst, dass wir die Verfahren an den EU-Außengrenzen nicht auf die Standards unserer hiesigen Behörden überprüfen können. Auch der verpflichtende Aufenthalt in Transitzentren ist menschenunwürdig.

Abgesehen davon darf Deutschland nicht weiter die Verantwortung von sich schieben. Seit Jahrzehnten setzen wir auf das Dublin-Abkommen, demzufolge Geflüchtete von den Ländern

aufgenommen werden, in denen sie zuerst ankommen. Durch dieses Vorgehen verstärken wir Migration auf nicht geregelten und viel gefährlicheren Wegen – das kann nicht unser Ziel sein!

Neben der finanziellen Unterstützung für die Kommunen, benötigen wir also weniger Bürokratie in der Migrationspolitik und eine bessere Integration durch Sprachkurse und Zugänge zum Arbeitsmarkt.

Das neu geplante Migrations- und Einwanderungsrecht hat auch gute Seiten: Die Regierung plant innerhalb Deutschlands die Vereinfachung von Verfahren der Einbürgerung. Außerdem soll aktiv für die Fachkräftezuwanderung geworben werden, was für uns allein wegen des Fachkräftemangels unerlässlich ist. Eine der wichtigsten Errungenschaften wird die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft sein, auf die so viele Bürgerinnen und Bürger sehnlichst warten. Diese geplanten Änderungen unterstützen wir vollumfänglich, da sie Ausdruck dessen sind, was wir seit Jahren als Grundlage für eine gelungene Migration verstehen.

Alles in allem werden wir die nun anstehenden Diskussionen sehr kritisch begleiten und setzen auf echte Lösungen für eine soziale und gerechte Asylpolitik!

Mit freundlichen Grüßen

Stella Rütten